

## Haushaltsrede 2015

von Prof. Dr. Jürgen Schade, Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen

Als ich den Haushaltsentwurf erhielt und dieses „Weihnachtsgeschenk“ durcharbeitete, war ich recht erschrocken. Leider hat sich mein erster Eindruck in den Haushaltsberatungen verfestigt: **Dieser Haushalt und seine mittelfristigen Finanzplanung sind notleidend. Die Bürgermeisterin und der Kämmerer müssten Alarm schlagen und eine sofortige Konsolidierung einleiten!** Leider scheint die Bürgermeisterin die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen, wie wir gestern der Presse entnehmen mussten.

1. **Die Fakten** sprechen eine deutliche Sprache: Bis Ende 2016 sind zusätzliche Schulden von 3,9 (für 2015) plus 3,9 (für 2016) plus 2,6 (für die Umgehungsstraße) Millionen Euro vorgesehen, das sind allein in 2 Jahren 10,4 Millionen Euro! Dazu kommen über 2,6 Millionen, die der Rücklage in den beiden Jahren entnommen werden, also 13 Millionen Euro, die nur in zwei Jahren zusätzlich ausgegeben werden. Im Haushalt 2015 wird die gesetzliche Mindestzuführung aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt, die 900.000 Euro beträgt weit verfehlt. Es sind nicht einmal 300.000 Euro. Die Perspektiven werden auch in den kommenden Jahren nicht besser. Der Finanzplan 2014 bis 2018, den der Kämmerer nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt hat, macht deutlich, dass die Gemeinde Gauting weit über ihre Verhältnisse lebt. Wir sind nicht nur von der schwarzen Null weit entfernt, sondern werden bald über keine Mittel verfügen, um zu investieren. Die Zahlen des Finanzplans zeigen, dass wir jährlich über Mehreinnahmen von etwa 3 Prozent, insbesondere über einen höheren Einkommenssteueranteil verfügen werden. Das ist ja gar nicht so schlecht, werden Sie denken. Das stellt ja wegen der minimalen Inflationsrate reales Wachstum dar. Aber: auch die Ausgaben des Verwaltungshaushalts steigen jährlich ebenfalls um etwa 3 Prozent. Wir haben also nichts, was wir in Investitionen stecken können! Bereits ab 2017 haben wir ca. **12.500.000 Euro Schulden** und **nur noch eine Rücklage von etwa einer Million**. Dann haben wir fast alles verfrühstückt!
2. **Woran liegt es?** Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts sind zu hoch. Wir verzeichnen 2015 eine **Steigerung der Personalausgaben um über 9 Prozent**. Wir haben **Planungs- und Gutachterkosten von einer Dreiviertel Million Euro** vorgesehen. Ich habe bereits in den Haushaltsverhandlungen darauf hingewiesen. Beide Ausgabenblöcke müssten wir dringend zurückfahren. Auch wenn es nicht populär ist: der Gemeinderat sollte eine Kürzung der Planungskosten um die Hälfte vornehmen. Dies wäre ja weiter nicht schlimm, weil wir ja gar nicht die Mittel haben werden, in den nächsten Jahren am Bahnhof und in der Ortsmitte größere Veränderungen vorzunehmen. Im Übrigen ist in der mittelfristigen Finanzplanung bis auf die ebenerdige Ausgestaltung des Park&Ride-Platzes dazu auch kein müder Euro

vorgesehen. Der ganze Verkehrsworkshop mit Verkehrsplanungen, die bis 10 Millionen Euro könnten, ist doch nicht zu realisieren. Und wir sollten darüber nachdenken, ob es wirklich erforderlich ist, jede freigewordene Stelle in der Rathausverwaltung wieder zu besetzen.

3. Auch beim **Vermögenshaushalt** sind wir zu großzügig. Können wir uns wirklich einen **Ausbau des Querriegels der alten Realschule in Höhe von ca. 2 Millionen Euro leisten**? Sollten wir nicht Einsparpotentiale vorsehen? Auch für diese Frage dürfte ich kein Lob ernten. Mir ist bewusst, dass vielen Vereinen nicht erst seit heute derartige Räumlichkeiten versprochen worden sind. Und ich weiß auch, dass diese Vereine eine gute Arbeit leisten, ja einen Bildungsauftrag erfüllen. Es geht mir in diesem Zusammenhang auch nicht darum, dass uns Investitionen in die Grundschule Stockdorf lieber gewesen wären. Ich fürchte nämlich, dass beides zu teuer sein wird und auch die Aufstockung **der Grundschule, die erst im Haushaltsjahr 2018 vorgesehen ist, abgespeckt** werden muss.
  
4. Vielfach wird gesagt, dass in unserer Situation eine Steigerung der Einnahmen nötig ist. Dem stimmen wir zu. **Die Kommunen sind unterfinanziert**. Der Freistaat Bayern, dem es finanziell prächtig geht, müsste sie besser unterstützen. Unsere **eigenen Möglichkeiten** sind auf eine **Steigerung der Gewerbesteuer** beschränkt. Dies haben wir bereits in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang ist wohl eine Frage berechtigt: Was ist denn in der Vergangenheit seit den Bürgermeistern Czischek und Dr. Knobloch geschehen? Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern als die Firma Pharmatec von Herrn Gräßner von Gauting nach Starnberg ziehen musste und der Bürgermeister dies geschehen ließ.
  
5. Wir Grünen schlagen ein **ganzes Paket von Maßnahmen** vor, um Arbeitsplätze in unserer Gemeinde zu schaffen, das – auch einheimische – Gewerbe zu fördern und mehr Gewerbesteuer zu generieren.
  - 5.1. Als ersten Schritt haben wir beantragt, einen **Gewerbemanager** anzustellen. Dies wird auch demnächst umgesetzt werden. Dabei kann es nicht nur um die Betreuung großer Unternehmen gehen. Die können sich selbst helfen. Vielmehr geht es um kleine, innovative Unternehmen, ja Existenzgründer und das ansässige Handwerk, die Beratung und Unterstützung benötigen.
  
  - 5.2. Weiterhin raten wir dringend dazu, **nicht ständig Gewerbeflächen im Ort zu Wohnflächen** umzuwandeln. Dieser ständige Aderlass hat dazu geführt, dass das Verhältnis von Ein- und Auspendlern immer schlechter geworden ist. Prominentestes Beispiel dafür ist die Gewerbefläche an der Ammerseestraße (AOA), die in der Bürgerversammlung von Volker Wildt, einem früheren erfahrenen Kollegen im Gemeinderat angesprochen ist. Wir dürfen den Verwertungsinteressen Privater nicht

Vorrang einräumen, sondern auch an eine gesunde Mischung von Wohnen und Arbeit im Ort und unsere Gewerbesteuer denken.

- 5.3. Zum Dritten haben wir vorgeschlagen, dass bei Umwandlungen von Grünflächen in Gewerbeflächen **Abschöpfungen** vorgenommen werden sollen, die dem ansässigen Gewerbe zu Gute kommen, die sog. **Sozialverträgliche Bodennutzung und Förderung von Arbeitsplätzen und einheimischen Gewerbe**. Unser Antrag findet sich in Ziffer 9 der heutigen Tagesordnung. Hierdurch wollen wir erreichen, dass neue Gewerbeflächen erschwinglich sind.
- 5.4. Daraus geht hervor, dass wir - wie der gesamte Gemeinderat - der Auffassung sind, dass wir **neue Gewerbeflächen** benötigen. Diese liegen an der planfestgestellten Zuwegung zum Flughafen und in einem weiteren Bereich, den ich heute noch nicht benennen kann. Wir werden dazu Vorschläge machen. Sie werden es uns sicher nicht verargen, dass wir als Grüne darauf bedacht sind, keine neuen großen Flächen zu versiegeln, insbesondere keine ökologisch wertvollen im Außenbereich.
- 5.5. Schließlich weise ich darauf hin, dass auch die Ansiedlung neuen Gewerbes erst mit beachtlicher **Zeitverzögerung** zu höheren Gewerbesteuereinnahmen führen wird. Das KIM von Krailling oder das Gewerbegebiet Gilching-Süd sind hierfür gute Beispiele. In unserer Legislaturperiode, also bis 2020, wird das bestimmt nicht der Fall sein. Zumindest bis dahin werden wir uns nach der Decke strecken müssen.

Aus meinen Darlegungen, insbesondere im ersten Teil, geht hervor, dass wir diesem **Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimmen** können. Denn er bietet keine finanziellen Perspektiven für die kommenden Jahre. Er ist nach unserer Meinung notleidend und dürfte beim Landratsamt nicht auf freudige Zustimmung stoßen. Dieses wird entscheiden, ob er **genehmigungsfähig ist oder ob zunächst bestimmte Auflagen** zu erfüllen sind.

\*